

## Rentenerhöhung oder Minusrunde?

Herbert Kranz, Mitglied des Vorstandes

Rund 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner sollen ab 1. Juli dieses Jahres 0,99 % mehr Rente erhalten. Sie profitieren damit von den 2010 gestiegenen Löhnen und Gehältern, so der Hauptsatz der in allen Medien verbreiteten Information über den kürzlichen Beschluss der Bundesregierung zur diesjährige Rentenanpassung.

Wie immer im Vorfeld derartiger Entscheidungen gab es seit Mitte vergangenen Jahres Gerüchte und Vermutungen darüber, ob es denn 2011 eine Rentenerhöhung geben werde und wenn ja, in welcher Höhe. Schon dieses immer wieder praktizierte Ritual vor sozialen Maßnahmen und die öffentlich lancierten Parolen ließen nichts Gutes vermuten.

Eigentlich folgen die Renten grundsätzlich der Bruttolohnentwicklung – unter Berücksichtigung von Veränderungen des Beitragssatzes und des Altersvorsorgeanteils. Die Anpassung erfolgt, indem mit dem neuesten aktuellen Rentenwert die neue Monatsrente errechnet wird. Dies gilt auch für den aktuellen Rentenwert Ost, der entsprechend § 255a SGB VI mindestens um den Prozentsatz anzupassen ist, um den sich der aktuelle Rentenwert erhöht. Festgelegt wurde zum 1. Juli 2011 eine Erhöhung des aktuellen Rentenwerts (West) von 27,20 Euro auf 27,47 Euro und des Rentenwerts (Ost) von 24,13 Euro auf 24,37 Euro. Allerdings soll der bislang nicht realisierte Kürzungsbedarf wegen der Rentschutzbestimmungen, der sich ab 1. Juli 2011 auf 2,85 % in den alten und auf 1,43 % in den neuen Ländern beläuft, in den Folgejahren mit eventuell anstehenden Rentenerhöhungen verrechnet werden.

Genau wie in vielen vorhergehenden Fällen, darunter die aktuellen Flops »Bildungspaket«, »Gesundheitsreform« (morbus rösler), »E10« u.v.a.m., wird auch die diesjährige Rentenanpassung schögeredet und als große Errungenschaft dargestellt. Bundesarbeitsministerin von der Leyen sagte dazu: »Ich freue mich, dass trotz des Ausgleichs für die Rentengarantie bereits in diesem Sommer ein spürbares Plus für die

Rentnerinnen und Rentner möglich ist. Es war gut, dass die Rentengarantie im vergangenen Jahr ein rechnerisch gebotenes Absenken der Rente verhinderte.«

Argumentiert wird damit, dass die Rentnerinnen und Rentner mit der Erhöhung ihrer Altersbezüge von der Erholung am Arbeitsmarkt nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise profitieren würden. Die statistische Grundlage für die Rentenanpassung sei eine relevante Lohnentwicklung 2010 von 3,1 % in den alten und 2,55 % in den neuen Bundesländern. Der Aufschlag von genau 0,99 % in Ost und West ergäbe sich aus dem deutlichen Anstieg von Löhnen und Gehältern im vergangenen Jahr. Eigentlich hätte danach die gute Lohnentwicklung zu einer doppelt so hohen Rentensteigerung führen müssen. Das mögliche Rentenplus von 1,99 % wurde aber halbiert, um einen Überhang aus unterbliebenen Rentenminderungen aus den Vorjahren abzubauen. Den Ausgleichsbedarf wegen des früheren Verzichts auf Kürzungen gibt das Arbeitsministerium mit 3,81 % im Westen und 1,83 % im Osten an. Er sei entstanden durch die Rentenschutzklausel, die bei sinkenden Löhnen die Rentner vor Kürzungen schütze. Diese Klausel sorge also dafür, dass die Rentner im Westen gegenwärtig 3,81 % mehr bekommen sollen als ihnen ohne Rentengarantie zustehe, im Osten sind es 1,83 %. Dieser Überhang wird nun durch die halbierten Zuwächse nach und nach abgeschmolzen und verringert sich zum 1. Juli 2011 im Westen auf 2,85 %, im Osten auf 1,43 %. Zum ersten Mal greifen bei der Rentenerhöhung die Schutzklauseln des Gesetzgebers, wird gesagt. Die theoretisch höhere Anpassung der Renten würde dadurch »abgemildert« weil damit Rentenminderungen, die es in den letzten Jahren aufgrund der Wirtschaftsentwicklung hätte geben müssen, ausgeglichen werden. Die Schutzklausel verhindere außerdem, dass die Rentenerhöhung im Osten geringer ausfällt als im Westen. Eigentlich hätte der Anstieg im Osten bei lediglich 0,71 % liegen dürfen. Aufgrund der besagten

Klausel gilt jedoch, dass die Renten im Osten mindestens im gleichen Maße angehoben werden wie im Westen. Diese Wort- und Zahlenakrobatik ist kaum nachzuvozziehen. Fakt ist aber, dass selbst diese kleine Rentenanpassung nominell im Westen höher ausfällt als im Osten. Und es wird mit keinem Wort erwähnt, dass es auch in diesem Jahr zu keiner Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West kommen wird.

Angesichts der Freude der Arbeitsministerin und unserer Erfahrungen in Sachen Rente erhebt sich sofort die Frage, was denn Rentner tatsächlich von der diesjährigen »Rentenerhöhung« zu erwarten haben? Nach einhelliger Meinung von Fachleuten ist schon jetzt klar: diese sogenannte Rentenerhöhung ist eine Minusrunde.

»Die meisten Rentner werden trotz Rentenerhöhung auch in diesem Jahr weniger Geld in der Tasche haben, unter anderem wegen der Preissteigerungsrate und der höheren Belastungen für Gesundheit und Pflege. Die gemeldete Erhöhung der Rente um 1 % bedeutet real ein weiteres Rentenminus«, erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Winkler.

Das tatsächlich verfügbare Einkommen der Rentner wird damit in jedem Fall erneut sinken. Die Rentenerhöhung 2011 um 1 % wird erfahrungsgemäß bereits durch die Inflation mehr als aufgezehrt werden. Wie hoch die Inflationsrate in diesem Jahr genau sein wird, ist heute nicht exakt vorhersagbar. Aber sie liegt schon jetzt bei über 2 %, sagen die Statistiker der Bundesregierung.

Hinzu kommen weitere absehbare oder bereits beschlossene Kostensteigerungen auch für Rentner. Die Krankenkassenbeiträge sind von 14,9 % auf 15,5 % gestiegen, und zwar bereits zum 1. Januar. Die Erhöhung der Renten erfolgt erst zum 1. Juli. Auf das gesamte Jahr gerechnet kostet die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge schon mehr, als die erwartete Rentensteigerung überhaupt ergibt. In wichtigen Lebensbereichen sind darüber hinaus Preisentwicklungen zu verzeichnen, die die durchschnittliche Preissteigerungsrate deutlich übersteigen. Dazu gehören insbesondere Gesundheits-, Energie- und Wohnkosten. Nahezu sämtliche Stromanbieter haben für das laufende Jahr deutliche Preiserhöhungen angekündigt, die nach gegenwärtigen Informationen ungefähr 7 % betragen werden. Für einen Einpersonenhaushalt mit monatlichen Stromkosten von 35 Euro bedeutet das eine Erhöhung von 2,45 Euro. Schon das ist mehr als ein Fünftel der Erhöhung, mit der ein Durchschnittsrentner rechnen darf!

Bei der Rentenberechnung bemüht die Bundesregierung wieder den sogenannten »Eckrentner«. Wer nach **45 Arbeitsjahren** in Rente geht, der erhält eine monatliche Rente von ca. 1.224 Euro West und 1.086 Euro Ost. Den so

## &gt;&gt;&gt; Fortsetzung von Seite 1

genannten Eckrentner gibt es aber gerade mal mit 1/4 aller Rentner und ca. 1/5 aller Rentnerinnen: die **Altersarmut bei Frauen** ist vorprogrammiert. Der Rest liegt bei weitem unter dem »Eckrentner« und bezieht eine Rente zwischen 650 Euro und 750 Euro. Zwischen 2003 und 2006 hat sich die Zahl der Rentenempfänger, die Grundsicherung erhalten, verdoppelt, Tendenz steigend, die **Altersarmut** wächst unweigerlich. Überhaupt keine Rolle spielen bei den Rentenberechnungen die vielen noch ungelösten Rentenungerechtigkeiten, insbesondere die immer noch praktizierten Strafrenten in den neuen Bundesländern. Sie werden einfach nicht zur Kenntnis genommen, obwohl die Bundeskanzlerin schon einmal versprochen hat, diese Probleme zu lösen. Wer aber sehr niedrige Rente bezieht und auf **aufstockende Sozialhilfe angewiesen ist**, sieht von der Rentenerhöhung keinen Cent, da sie auf die aufstockenden Leistungen angerechnet wird.

Nicht vergessen werden sollte auch, dass das Thema Renten nicht nur Personen betrifft, die bereits Rentner und unmittelbar von dieser Problematik betroffen sind. Mit der Einführung von Rentenabschlägen bei vorzeitigem Renteneintritt werden zunehmend die Renten der Neuzugänge abgesenkt. Im Jahr 2009 betraf das 55 % aller Rentenzugänge mit einem durchschnittlichen Abschlag von rund 102 Euro pro Monat für die gesamte Rentenlaufzeit – das betraf 51 % der Männer West und 52 % der Frauen West sowie 66 % der Männer Ost und 82 % der Frauen Ost. Nach wie vor existieren zwei Rentenrechtsgebiete mit ungerechtfertigter Ungleichbehandlung bei gleicher Lebensarbeitsleistung.

Die aktuellen Entwicklungen verstärken Tendenzen der Altersarmut in bisher nicht bekannten Größenordnungen, besonders im Osten. Von den »blühenden Landschaften«, über die Rentengleichung bis zum Jahr 1995 sowie ständigen »Halbierungs«-versprechungen zur Arbeitslosigkeit reichte die Palette Hoffnungen erweckender Äußerungen von Politikern.

Seit Beginn des neuen Jahrtausends wurden die Hoffnungen auf Verbesserungen zunächst nur vorsichtig gemacht und weit in die Zukunft verschoben. Seit 2003 werden die Auf- und Abschwünge kürzer. Noch bevor der seit 2007 verkündete Aufschwung die Massen erreichte, fiel die Wirtschaft in die Finanzkrise und Milliarden, die bis zu diesem Zeitpunkt für die Verbesserung der Lebenslagen nicht zur Verfügung standen, wurden dem Finanzkapital geopfert. Die 2.4 Mrd. Euro für die geplante Rentenerhöhung sind dabei lediglich etwa 2 % der Summen, die für die »Bankenrettung« bereitgestellt wurden.

Kennzeichnend für die Qualität einer Gesellschaft sind neben der realen Situation vor allem die Zukunftsaussichten der Menschen. Das betrifft das Leben derer, die in der Vergangenheit beide deutschen Staaten aufgebaut haben, aber auch die, die noch im Berufsleben stehen, bis eben auch sie in den Ruhestand treten.

In diesem Zusammenhang ist auch die Einführung der Rente mit 67 zu betrachten. Gegenwärtig sind keine Voraussetzungen dafür gegeben. Der Anteil der arbeitslosen Bürger ab 50 Jahre ist seit 2004/2005 durchgängig angestiegen und lag im Juli 2010 mit rund 908.000 Bürgern bei über 8 %. Im Durchschnitt sind in den alten Bundesländern 7 % und den neuen Ländern 13 % der älteren Bürger arbeitslos – das sind jeweils die höchsten Quoten aller Altersgruppen. Hinzu kommt, dass der Anteil prekärer Beschäftigung in diesen Altersgruppen zugenommen hat. Das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters ist ein Schritt zur weiteren Rentenkürzung und Altersarmut.

Interessant ist, dass die Medien jede Information über Börse, Finanzen, Steuerschätzungen, usw. ausführlich kommentieren, nicht aber das für 20 Millionen Menschen so wichtige Problem der Rentenanpassung 2011. Lediglich die Ostseezeitung hat das wie folgt getan:

»Rostock (ots) – Solche Stellen hinterm Komma kennt man sonst nur vom Discounter. 0,99 % mehr Rente ist nicht nur bitter für die Senioren. Auch die Jungen werden mit solchen «Steigerungen» nicht viel Freude am Lebensabend haben. Klar ist, wer nicht vorsorgt, wird mit Altersarmut bestraft. Und wer jahrelang Billiglohn bezog, wird mit einer Billigrente abgespeist. Für den wird der verdiente Ruhestand zum arbeitsreichen Unruhestand.«

Um so mehr ist hervorzuheben, dass alle wichtigen Organisationen und Verbände in den

neuen Bundesländern Stellungnahmen abgegeben und diese an die Regierung geschickt oder veröffentlicht haben. Hervorzuheben sind die Stellungnahmen der Volkssolidarität, der GBM, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des Sozialverbandes VdK und der Partei DIE LINKE. Die aktuelle Hauptforderung dieser Verbände ist die Angleichung des Rentenwertes Ost im Rahmen eines steuerfinanzierten Stufenmodells. Dafür liegt ein umsetzbarer Vorschlag der Gewerkschaft ver.di vor, der von weiteren Einzelgewerkschaften im DGB, dem Sozialverband Deutschland (SoVD), dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen (BRH), der Volkssolidarität sowie weiteren Organisationen und Initiativen unterstützt wird.

ISOR unterstützt diese und jede andere Aktivität, die Rentengerechtigkeit, die Wiederherstellung der Wertneutralität des deutschen Rentenrechts und nicht zuletzt die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts zum Ziel hat.

Überhaupt nicht erwähnt wird von den Regierenden das Tabu-Thema »Strafrente«, das für die Mitglieder von ISOR natürlich von besonderem Interesse ist. Der Bundestag beschäftigte sich im Februar zum wiederholten Mal mit Anträgen der LINKEN zu Korrekturen von Überführungslücken und Diskriminierungen bei DDR-Rentenansprüchen. Wiederum lehnte das Parlament alle Anträge ab. Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass man »Personen mit herausgehobenen Positionen im Partei- und Staatsapparat der DDR«, darunter die ehemaligen Angehörigen des MfS im besonderen Maße, mit Eingriffen ins Rentenrecht, das heißt mit einer lebenslangen »Minusrunde« bestraft. Deshalb führen wir unseren Kampf dagegen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln weiter. □

## Wahlvorbereitungen in Berlin

Siegfried Jesse und Horst Reichardt

Die im Arbeitsplan der Berliner TIG geplanten Gespräche mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses fanden in den letzten Wochen statt. Sie wurden durch das Vorstandsmitglied Rolf Scheffel und durch die Beiratsmitglieder Siegfried Jesse und Horst Reichardt im Abgeordnetenhaus geführt.

Gesprächspartner waren das Mitglied des Abgeordnetenhauses und Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE Klaus Lederer, der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Mario Czaja und das Mitglied der SPD-Fraktion Rainer Michael Lehmann.

Die Antwort der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf die Gesprächseinladung lautete: »Wir verstehen Ihr Anliegen, mit unserer Fraktion Kontakt aufzunehmen, sehen von unserer Seite her derzeit keinen Gesprächsbedarf.« Die FDP-Fraktion reagierte auf die Einladung nicht.

Die Gespräche wurden in einer sachlichen und offenen Atmosphäre geführt. Alle genannten Vertreter waren bereit sich die Forderungen von ISOR anzuhören. Es gibt noch Unterschiede in der Betrachtung und Beurteilung der Sozial-

>>> Fortsetzung auf Seite 3

&gt;&gt;&gt; Fortsetzung von Seite 2

politik, insbesondere hinsichtlich des Rentenstrafrechtes und des Rentenunrechts gegenüber den Rentnern und Rentnerinnen aus den östlichen Teilen der BRD. Für eine baldige Lösung der Fragen gab es Übereinstimmung mit allen Gesprächspartnern.

Darüber hinaus erklärte sich Klaus Lederer bereit, vor Mitgliedern von ISOR die Politik der Berliner Linken darzulegen. Auch Herr Mario Czaja möchte die Politik der CDU in Berlin vor ISOR-Mitgliedern erläutern.

Durch uns wurde in den Gesprächen auf die Massenpetition und die öffentliche Anhörung im Bundestag aufmerksam gemacht. Wir verdeutlichten damit die Rolle und die Kraft des Sozialvereins ISOR. Das hatte eine positive Wirkung, denn man erkennt, dass das Stimmen bei

den Wahlen sind und das nehmen alle Parteien ernst.

Obwohl die Fragen des Rentenstrafrechts der Schwerpunkt war, wurde durch uns die gesamte Sozialpolitik in die Gespräche eingebrochen.

Die in den Gesprächen festgestellten positiven Ansätze werden weiter vertieft und in konkrete Forderungen eingebracht. Es war klar, dass es endlich Veränderungen geben muss und mit Versprechen in der Politik Schluss gemacht wird.

Wenn auch Unterschiede in der Betrachtung bestehen, so wurde doch die Gemeinsamkeit erkannt, dass in der Wertschätzung der geleisteten Arbeit in der DDR und der Beurteilungen der Biografien ein Umdenken erforderlich ist. Die Lebensleistungen der DDR Bürger müssen endlich eine gerechte Wertschätzung erfahren.

Einheitlich wurde die politische Bestrafung durch das Rentenrecht abgelehnt.

Wir machten darauf aufmerksam, dass die Ablehnung von Vorschlägen der LINKEN zum Rentenrecht immer von Abgeordneten der CDU aus den alten Bundesländern erfolgt.

Hervorzuheben ist die Bereitschaft aller Teilnehmer, die Gespräche fortzusetzen und damit beizutragen, die gesellschaftlichen Bedingungen in Berlin zu beeinflussen. Die Teilnehmer an den Gesprächen waren sich auch klar, dass es viel Kraft und vor allem Überzeugungen bedarf, wenn etwas für die sozial Benachteiligten in dieser Gesellschaft erreicht werden soll. ISOR Berlin wird die im Plan festgelegten Veranstaltungen nutzen, um Forderungen an die Wahlprogramme zu stellen und Handlungen von den Politikern einzufordern. □

## Braune Schatten der Vergangenheit

Eberhard Winkler, Löbau

Am 31.03.2011 fand in der TIG Löbau die erste Versammlung für dieses Jahr statt, die einem Thema gewidmet war, das uns seit Ende des II. Weltkrieg und der Zerschlagung des Hitlerfaschismus nicht mehr loslässt: Es ging um die so genannten »Braunen Schatten der Vergangenheit« und die damit verbundene völlig unterschiedliche Herangehensweise bei der Aufdeckung, Aufklärung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen im Nachkriegsdeutschland sowie um den jeweiligen Umgang mit den belasteten Personen in Ost und West.

Als Gäste begrüßten wir Mitglieder der TIG Görlitz und Zittau, Vertreter der Kameradschaft Ehemalige Löbau im Bundeswehrverband und des BRH Löbau, eine Abordnung des Traditionerverbandes der NVA aus Berlin sowie die Mitautoren des Buches »Fragen an das MfS« Dr. Reinhard Grimmer, Dieter Skiba, Manfred Liebscher aus Berlin und Hardi Anders aus Dresden.

Nach den einführenden Worten von Reinhard Grimmer zur Zielstellung und Bedeutung derartiger Veranstaltungen im Kampf um die Wahrheit und gegen das Vergessen, der Erinnerung an den 125. Geburtstag von Ernst Thälmann, dessen Ehrenname die Offiziershochschule Löbau trug sowie der Übermittlung von Grüßen des ISOR-Vorstandes und des Vorstandes der GRH, schilderten insbesondere Dieter Skiba und Manfred Liebscher in anschaulicher und beeindruckender Weise, wie und wann auf beiden Seiten Deutschlands bei der Untersuchung von Nazi- und Kriegsverbrechen vorgegangen wurde, wobei sie auf ihre

langjährige Tätigkeit bei der HA IX/11 des MfS zurückgreifen konnten.

Deutlich arbeiteten sie heraus, dass bereits kurz nach dem Kriege im Westen Deutschlands unter dem Schutz der dortigen Besatzungsmächte, insbesondere der Amerikaner, belastete Nazis wie Globke, Speidel, Heusinger, Filbinger und Gehlen zum Aufbau des Justiz- und Staatsapparates, des Auswärtigen Amtes, der Streitkräfte und Polizei sowie der Nachrichtendienste herangezogen wurden, wo sie dann auch jahrzehntelang in führenden Positionen der BRD verblieben und ungeschoren den Geist sowie die Rechtsnachfolge des Dritten Reiches pflegten, immer mit Blickrichtung Osten und der Überzeugung »der alte Feind ist auch der neue Feind«, womit die SU und die spätere DDR gemeint waren.

Beispielhaft als einer von vielen stehe dabei der Nazigeneral Reinhard Gehlen, Hitlers ehemaliger Chef der Abteilung »Fremde Heere Ost« da, unter dessen Leitung die »Organisation Gehlen«, der neue deutsche Nachrichtendienst und spätere BND aufgebaut worden war und den er auch als dessen erster Chef gemeinsam mit den Amerikanern in den »Kalten Krieg« gegen den Osten führte.

Diesen wohlwollenden Umgang mit alten Nazis kommentierte Konrad Adenauer bereits zu einem frühen Zeitpunkt mit den Worten: »Wir brauchen Leute, die von ihrer Sache etwas verstehen« und schließlich 1952 mit der Forderung »Es muss endlich Schluss sein mit der Nazischnüffelei«, womit auch für die bundes-

deutsche Justiz endgültig die Weichen gestellt waren, von konsequenteren juristischen Verfolgungen in den eigenen Reihen und gegen die »Alten Kameraden« abzusehen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung verdeutlichte Dieter Skiba, wie im Gegensatz dazu in der SBZ und späteren DDR entsprechend ihres antifaschistischen Charakters von Anfang an konsequent zur Enttarnung, Aufspürung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern vorgegangen und auch alles unternommen wurde, um derart belastete Personen zu enttarnen, die wie Gehlen in den Dienst westdeutscher Stellen übernommen wurden, wozu er entsprechende Beispiele anführte.

Folgerichtig sei es im Rahmen dieser Tätigkeit schließlich zur Bildung der HA IX/11 des MfS gekommen, die bis zum Ende ihres Bestehens im Jahre 1990 einen entscheidenden Beitrag zur Aufdeckung, Aufklärung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen im Nachkriegsdeutschland geleistet und entsprechende Beweismittel erarbeitet habe, damit auch belastete Personen in der BRD zur Verantwortung gezogen werden können, was von der dortigen Justiz »im alten Geiste« abgelehnt oder hintertrieben wurde.

Am Schluss seiner Ausführungen hob Dieter Skiba nochmals hervor, dass sich dieser »braune Geist der Rechtsnachfolger des III. Reiches« auch bei der Einverleibung der DDR durch die BRD im »Delegitimierungsauftrag« des damaligen Bundesjustizministers und ehemaligen Präsidenten des BND Klaus Kinkel niederschlug, in welchem die allgemeine Orientierung erging, alles, was mit der DDR zu tun hat zu verfälschen, zu verteufeln, zu beschuldigen, zu ver-

>>> Fortsetzung auf Seite 4, Sp. 1, unten



Der Vorstand der TIG Erfurt führte am 17. März 2011 eine erweiterte Vorstandssitzung gemeinsam mit den Kassierern und Betreuern durch. Als Gast begrüßten wir den Vorsitzenden der LINKEN der Stadt Erfurt, Steffen Kachel. Im Mittelpunkt stand die Mitgliederentwicklung und die Vorbereitung der Mitgliederversammlung anlässlich des 20. Jahrestages der ISOR.

Zu unserer Mitgliederversammlung am 16. Juni 2011 in der Gartengaststätte «Dahlie», Friedrich-Engels-Straße, Erfurt, laden wir alle Mitglieder, ehemaligen Mitglieder, Freunde und Sympathisanten, Partner anderer Vereine und Verbände recht herzlich ein. Darin eingeschlossen sind auch die territorial angrenzenden TIG Sömmerda, Gotha und Arnstadt.

Wir wollen Bilanz ziehen, die bisherigen Leistungen würdigen und einen Ausblick auf die nächsten Aufgaben geben. Auch der 50. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und der BRD wird einen gewichtigen Platz einnehmen. Dazu haben wir einen kompetenten Gastredner eingeladen.

**Vorstand der TIG Erfurt**



Das 11. Altmarktreffen der fünf TIG aus den Kreisen **Salzwedel und Stendal** wird unser Höhepunkt im zwanzigsten Jahr der Gründung von ISOR sein. Es findet am 17. September 2011 ab 14.00 Uhr wieder in Jeggeleben statt.

Eingeladen sind der stellv. Vorsitzende der ISOR und die ehemaligen Mandatsträger von Bundestag und Landtag aus der Region. Bekannte Organisationen und Verbände haben ihr Kommen bereits zugesagt.

Im zweiten Teil kommen die Freunde guter Blasmusik auf ihre Kosten, denn das von früheren Treffen bekannte Feuerwehrorchester aus Niedersachsen hat sein Kommen zugesagt.

>>> Fortsetzung von Seite 3

### Braune Schatten der Vergangenheit

folgen, um letztendlich aus den ehemaligen Opfern und Kämpfern gegen den Faschismus Täter zu machen und so die Verbrechen der Nazis in den Hintergrund zu drängen, wobei die Behörden, Einrichtungen und Institutionen sowie die Medien in der BRD diesem »Delegitimierungsauftrag« bis heute gewissenhaft nachkommen, was wir täglich spüren, nicht zuletzt auch durch das immer noch bestehende Rentenstrafrecht gegen die ehemaligen Angehörigen des MfS. □

Sicher werden wieder viele Freunde von TIG außerhalb der Altmark, so z.B. aus Wolmirstedt und anderen Orten an unserem Treffen teilnehmen wollen.

Diese melden sich bitte bis 07.09.2011 beim Vorsitzenden der TIG Salzwedel, Günter Schuldes, Tel. 03901 34252 oder der TIG Stendal, Eckhard Szabaschus, Tel. 03931 710902.

**Helmut Stefan**



20 Jahre ISOR im Juni 2011 – dieses Ereignis werden nach gegenseitiger Übereinkunft Vereinsfreunde aus den TIG **Angermünde, Eggesin, Pasewalk, Prenzlau, Schwedt und Templin** Anfang Oktober während einer gemeinsamen Veranstaltung in der Uckermark-Kreisstadt würdigen. Dazu werden auch prominente Gäste eingeladen. Der TIG-Vorsitzende, Hans-Joachim Möllenbergs, erläuterte in einer gut besuchten Mitgliederversammlung Ende März in Prenzlau nächste Schritte auf dem Weg zur Rentengerechtigkeit:

Urteile des Bundessozialgerichtes zu drei Revisionsverfahren,

die noch ausstehende Empfehlung des Petitionsausschusses an den Deutschen Bundestag als Antwort auf die Sammelpetition mit 73.000 Unterschriften.

Der TIG-Vorsitzende vermerkte, dass mit schnellen Ergebnissen leider nicht zu rechnen sei – Verständnis und Geduld werden deshalb diesen Prozess begleiten müssen.

Zustimmende Geduld war zu vernehmen, als ein Vereinsfreund das Problem der Rentengleichung Ost und West zur Sprache brachte. Auch der ab Juli in Aussicht gestellte Zuschlag von 1 % sei kein Lichtblick und auch kein Schritt, der eine baldige Lösung erkennen lasse. Die Schere Ost-West öffne sich immer weiter.

Als Guest hatte der Prenzlauer TIG-Vorstand die Chefin des Servicezentrums Uckermark der DAK eingeladen. Diese gab kompetente Antworten auf eine Menge Fragen zur Gesundheitsreform. Auch Tipps zur gesundheitlichen Vorsorge und zu Kurangeboten gehörten dazu.

**Benno Butschalowski**



Am 23. März wurde in der Mitgliederversammlung der TIG Güstrow zu der in der Märzausgabe **ISOR aktuell** veröffentlichten Erklärung ehemaliger leitender Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR Stellung genommen.

Es wurde begrüßt, dass ISOR diese Erklärung einem breiten Kreis von Funktionsträgern und Institutionen der Parteien und des Staates zugeliefert hat und das nicht ohne Wirkung auf die noch offenstehende Beantwortung unserer Petition im Bundestag blieb. Wie nicht anders erwartet, hat auch die Landesregierung Mecklenburg/Vorpommern die Erklärung den Fraktionen und Ausschüssen im Landtag übermittelt. Sie verwiesen darauf, wie weitere Länder auch, dass in Rentenfragen der Bund zuständig sei. Unsere Mitglieder vertreten den Standpunkt, dass diese Position nicht als Ausrede genutzt werden darf. Die Landesregierung hat durchaus über den Bundesrat Einflussmöglichkeiten zur Herstellung von Rentengerechtigkeit, z.B. zur Lückenschließung von Ostrenten, wie es wiederholt die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag mit 19 Anträgen forderte. Davon sind auch viele Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg/Vorpommern betroffen und alle bei der überfälligen Verwirklichung der Angleichung des Rentenwertes Ost an West.

Die bevorstehende Landtagswahl am 4. September wollen wir auf jeden Fall nutzen, um den sich zur Wahl stellenden Kandidaten dazu Position abzuverlangen.

Dem Vorstand wurde vorgeschlagen, sich mit dem Landesbeauftragten zu konsultieren, wie wir als TIG Güstrow im Wahlkampf gemeinsame Aktionen unterstützen können. Im Einvernehmen mit allen TIG-Vorständen in Mecklenburg/Vorpommern könnte evtl. in Schwerin eine Bürgerversammlung organisiert werden, in der sich die Spitzendekandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorstellen.

Bekräftigt wurden in der Diskussion, dass ISOR-Mitglieder das Rentenstrafrecht immer als ein Bestandteil des Rentenunrechts insgesamt betrachten und deshalb solidarisch mit der LINKEN, den Gewerkschaften, Sozialverbänden und Seniorenverbänden für die Abschaffung der Rente mit 67 und die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West kämpfen.

Sehr bewusst ist uns: Es geht nicht nur um die Alten. Wer am 18. Mai 1990 in der DDR gelebt hat, dessen Rente wird nach gegenwärtiger Rechtslage mit dem Rentenwert Ost berechnet, auch wenn sie oder er heute nicht mehr im Beitrittsgebiet lebt. Vielen Unwissenden muss das erklärt werden.

Die Mitgliederversammlung schloss mit der Willensbekundung, in unserem solidarischen Kampf bis zum Bundesverfassungsgericht nicht nachzulassen, die Lebensleistung von DDR- und Altbundesbürgern in gleicher Weise zu respektieren und nicht nur für Rentengerechtigkeit einzutreten, sondern auch für einen lebensfähigen Mindestlohn und Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen. **Hans Wendt**

## AG Recht informiert:

### Entscheidung des BSG zu § 7 AAÜG im Sommer 2011

Das Anwaltsbüro informiert, dass die Deutsche Rentenversicherung – zumindest Berlin-Brandenburg und Mitteldeutschland – nach Einreichung von Widersprüchen gegen Rentenbescheide bzw. Überprüfungsanfragen vorschlägt, diese aufgrund von anhängigen Verfahren beim Bundessozialgericht (BSG) zu § 7 AAÜG nicht abschließend zu bearbeiten. Das BSG beabsichtige im Sommer über die zur strittigen Rechtsfrage anhängigen Revisionsverfahren zu entscheiden.

Bekanntlich sind beim BSG drei Revisionsverfahren zur Frage anhängig: »Ist § 7 AAÜG verfassungswidrig, soweit bei der Rentenberechnung für die Zeit der Zugehörigkeit zur Versorgungsordnung der Angehörigen des ehemaligen MfS eine Begrenzung auf das Durchschnittsentgelt aller Versicherten bis zur allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze gilt?«

Wie das BSG auch immer entscheiden mag, der Weg zum Bundesverfassungsgericht ist dann frei.

★  
Das Anwaltsbüro bittet, über Folgendes zu informieren: Eine beträchtliche Anzahl von Mandanten erhält in anhängigen Verfahren unter Außerachtlassen der Vertretungsansage direkt Post von den Rentenversicherungsträgern. Damit die Verfahren ohne Rechtsverlust und fristwährend geführt werden können, sollten diese Schreiben umgehend in Kopie an das Rechtsanwaltsbüro übermittelt werden.

★  
Eine Vielzahl von Anfragen an die Arbeitsgruppe Recht betrifft die Besteuerung von Alterseinkünften, zumal die Frist für die Abgabe der Steuererklärung 2010 am 31. Mai 2011 abläuft. Da hierbei viele Aspekte berücksichtigt werden müssen, ist unsererseits keine erschöpfende Antwort möglich. Als nützliche Handreichung verweisen wir auf die Broschüre der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin »Steuerinformation für Senioren«. Sie ist in Berlin bei den Finanzämtern erhältlich, ist aber auch über das Internet [www.berlin.de/sen/finanzen](http://www.berlin.de/sen/finanzen) abrufbar.

Ähnliche Informationen haben auch die Ministerien der Finanzen der Länder herausgegeben.

## Empfehlenswert:

Heinz Kessler / Fritz Streletz

**Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben**

**Zwei Zeitzeugen erinnern sich**

(edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011)

166 Seiten Text, 48 Seiten Dokumentenanhang  
Preis 13,40 Euro

ISBN 978-3-360-01825-0

Die beiden ranghöchsten Militärs der DDR geben persönliche Auskunft und analysieren mit heutigem Wissen sowie ihren Kenntnissen und Erfahrungen von damals Vorgeschichte, Ereignisverlauf und Folgen der Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR von 1961. Sachlichkeit und Objektivität der Betrachtungen und überzeugend parteiliche Wertungen bestechen ebenso, wie bisher weitgehend unbekannte / unveröffentlichte Dokumente und Quellenrecherchen. Sie sind hilfreich für aktuelle politische Debatten und die wissenschaftliche Arbeit.

Den Autoren gilt unser Respekt und unsere Dankbarkeit für eine Publikation, die für sich den Rang eines eigenständigen Zeitdokuments beanspruchen darf.

## Internetinformation:

Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag hat am 13.04.2011 eine große Anfrage an die Bundesregierung gerichtet zum Thema:

**»Zwanzig Jahre Rentenüberleitung – Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentensystems in Deutschland«**

Die 12-seitige Bundestagsdrucksache Nummer 17/5540 ist im Internet unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) im Abschnitt »Dokumente« abrufbar.

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.04.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.05.2011

Einstellung im Internet: 03.06.2011

Auslieferung: 09.06.2011

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag d.M. von 15 bis 17 Uhr